

Verhärtete Fronten Im Dioxineinleitungs-Streit

Technisches Forum des Münchéhagen-Ausschusses ohne Ergebnis / „gewünschte Information nicht erhalten“

Von Florian Klebs

Münchéhagen (mt). Die dioxinbelasteter Deponie-Abwässer könnten bedenkenlos in die IIs geleitet werden, beharrten die Betreiber gestern im Technischen Forum Münchéhagen-Ausschuß bewegungslos. Den Einleitungsstopp und das vollständige Sicherungskonzept werden die Grünen am 12. Dezember im niedersächsischen Landtag beantragen. In Verhandlungen haben sich die umliegenden Gemeinden allerdings bereits auf eine abgespeckte Sicherungsvariante eingelassen.

In der Deponie müsse es eine frische Dioxinquelle geben, folgerte Lothar Meckling, Umweltbeauftragter des Kreises Minden-Lübbecke aus nordrhein-westfälischen Untersuchungen. Denn ohne Nachschub müßte der Giftgradient in der IIs schneller abgebaut sein.

Den gleichen Schluß zog Heinrich Bredemeier vom Bürgerbüro Münchéhagen aus der Tatsache, daß sich die Dioxinzusammensetzung mit der Zeit verändert habe.

Unverständlich ist für die Einleitungsgegner deshalb die Position von Günter Nerlich, dem Projektkoordinator für die Altlast bei der Bezirksregierung Hannover. Laut Nerlich handele es sich bei der Belastung nur um Staub aus der Betriebszeit der stillgelegten Gärml-Deponie handele, der vom Regen abgewaschen würde. Die Konzentrationen hielt er für unbedenklich.

Kommentarlos nahmen die Niedersachsen zur Kenntnis, daß das staatliche Umweltamt Minden (StUA) die Belastung der IIs in Kürze mit einer eigenen Messstation an der Landesgrenze überprüfen wird. Da sich das Gift an schwebenden Feinschlamm im Wasser bindet, empfahl StUA-Mitarbeiter Rainer May den Betreibern, das in Stapel-

teichen gesammelte Wasser aus dem Ringgraben vor der Einleitung über weitere Filter laufen zu lassen. Denn beim Abpumpen der Stapelteiche werde der dioxinhaltige Bodensatz wieder aufgewirbelt.

Allenfalls einen „Breiteller“ vor der Pumpe würden die Betreiber laut Meckling in Erwägung ziehen. „Bei den wechselnden Niederschlägen bleibt das ein Provisorium, das der Sache nicht gerecht wird“, erklärte der Kreisumweltbeauftragte dem MT.

Unbefriedigt zeigte sich auch Dieter Hüsemann, Stadtdirektor von Rebburg-Loxme. Gemeinsam mit Petershagens Bürgermeister Joachim Thiele und dem Direktor der Samtgemeinde Niederwöhrn, Fritz Anke, hatte sich Hüsemann vergeblich eine Stellungnahme der Betreiber zur einer TÜV-Analyse vom August gewünscht. Die Daten hatten bei den niedersächsischen und nordrhein-westfälische Behör-

den zu gegensätzlichen Interpretationen geführt (das MT berichtete).

Wenig Vertrauen zeigte Hüsemann allerdings in einen Entschließungsantrag für den 12. Dezember, mit dem die Grünen im niedersächsischen Landtag die Einleitungspraxis kippen wollen. Außerdem soll das Land verpflichtet werden, die hydraulische Sicherung der Altlast wie vereinbart durchführen.

In Verhandlungen mit dem niedersächsischen Umweltministerium haben sich die drei Gemeinden bereits auf ein reduziertes Sicherungskonzept eingelassen. Laut Hüsemann beschränken sich die Verhandlungen darauf, Grenzwerte festzulegen, bei deren Überschreitung die hydraulische Sicherung nachgebessert werden müsse. Als „Verrat an der Bevölkerung“ wertete Bredemeier dies nachgebesserte Haltung der Gemeindegipfen.